

3. Hessische Ressourcenschutzkonferenz

Nutzungsdauer von Produkten verlängern

Im Mittelpunkt der 3. Ressourcenschutzkonferenz stand die Frage, welche Maßnahmen und Infrastrukturen es braucht, um Reparatur, Wiederverwendung und zirkuläre Beschaffung zu fördern, um den Herausforderungen der steigenden Ressourcenentnahme und den damit zusammenhängenden Umweltproblemen zu begegnen. Die Konferenz zeigte die unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema und machte deutlich, dass statt punktuellen Veränderungen die Abstimmung von Maßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei der Verlängerung von Produktnutzungsdauern im Vordergrund stehen müssen.

In der Begrüßung betonte **Prof. Dr. Thomas Schmid**, Präsident des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie, dass wir noch weit von geschlossenen Stoffkreisläufen entfernt seien. Die Abfallmengen sind weiterhin hoch und es sei keine Abkehr vom Trend der steigenden Ressourcenentnahme in Aussicht. Die mit der globalen Ressourcenentnahme zusammenhängenden Umweltwirkungen seien verheerend – Klimaschutz bedeute auch Ressourcenschutz. Eine längere Nutzungsdauer von Produkten habe enorme Potenziale, unsere natürlichen Ressourcen zu schonen, denn werde die Neuproduktion von Gegenständen reduziert, würden die hohen Umweltwirkungen, die gerade in der Herstellungsphase entstehen, vermieden.



In ihrem Beitrag schloss sich **Maria Ertl**, stellvertretende Leiterin des Referats Internationale Zusammenarbeit, Planungsangelegenheiten, fachübergreifende Umweltangelegenheiten im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, an dem Tenor der Eröffnung der Veranstaltung an: „wir müssen unsere natürlichen Ressourcen sparsam verwenden. Das sind wir den nachfolgenden Generationen, unseren Kindern schuldig“. Sie verdeutlichte, dass Ressourcenschutz „bei weitem nicht nur Thema eines Umweltministeriums ist“ und eine echte Veränderung die

Zusammenarbeit verschiedener Ressorts erfordere. Gerade der Umgang mit kritischen Rohstoffen sei von hoher Bedeutung für die hessische Wirtschaft. Laut neuem Koalitionsvertrag soll die Entwicklung einer Hessischen Rohstoffinitiative, die Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft integriert, vorangetrieben werden.

Dr. Petra Meyer-Ziegenfuß, Leiterin des Referats Abfallrecht, Produktverantwortung und Abfallwirtschaftsplanung im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, beleuchtete das Thema aus abfallrechtlicher Perspektive und erläuterte das Prinzip der Produktverantwortung. Sie stellte den Ansatz und die Ziele der Regelungen vor, wonach die Hersteller in die Pflicht genommen werden, nicht nur für ihre Produkte Verantwortung zu übernehmen, wenn diese zu Abfall geworden sind, sondern auch bereits bei der Produktgestaltung Aspekte wie Recyclingfähigkeit und Ressourcenschutz einzubeziehen. Anhand verschiedener Beispiele verdeutlichte sie, dass es wichtig sei, die Auswirkungen von Instrumenten im Blick zu haben. Die Mehrwegangebotspflicht dürfe beispielsweise nicht dazu führen, dass mehr Behältnisse aus Aluminium zum Einsatz kämen.



Einblicke in die Tätigkeiten des Landes zur Unterstützung der hessischen Wirtschaft im Bereich Ressourceneffizienz gab **Dr. Felix Kaup**, Leiter Industrial Technologies, Hessen Trade & Invest. Der Fokus liege hierbei vor allem auf Fach- und Informationsveranstaltungen, Publikationen sowie der Beratung und Förderung. Letzteres werde u. a. mit dem PIUS-Fördersystem realisiert, welches Investitionen bezuschusst, die Ressourcen und CO₂-Emissionen einsparen: „PIUS ist ein Programm, um Ökonomie und Ökologie zu vereinbaren“, so Herr Dr. Kaup. Der Bedarf der hessischen Wirtschaft sei groß. Mit Hilfe des PIUS-Förderprogramms seien bisher Investitionen von fast 60 Millionen Euro in Ressourcenschonung in Hessen angestoßen worden.



Es folgte eine thematische Einführung zu Maßnahmen und Instrumenten zur Förderung von Reparaturen von **Dr. Imke Schmidt**, Co-Leiterin Forschungsbereich Zirkulärer Wandel am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Angesichts der ökologischen und ökonomischen Potenziale von Reparatur, sagte Dr. Imke Schmitt „kommt hinzu, dass der Wille bei den Menschen da ist“. Die Hürden seien aber zu groß. Dabei sei der Hauptgrund die hohen Kosten von Reparatur gegenüber dem Neukauf. Mit dem Recht auf Reparatur soll dem begegnet werden. Ein Zugang zu Ersatzteilen, Reparaturanleitungen, reparaturfreundliches Ökodesign sowie Bezahlbarkeit und Transparenz von Reparaturen seien konkrete Ziele der EU-Regelung, erläuterte Frau Dr. Schmidt. Es brauche einen Mix an Maßnahmen. Als gute Beispiele für Instrumente nannte sie unter anderem den Reparaturbonus, der bereits in Sachsen und Thüringen etabliert und in einigen Bundesländern geplant sei.

Ein weiterer Ansatzpunkt, langlebige Produkte zu fördern, ist die nachhaltige öffentliche Beschaffung. Dazu stellte **Lorena Kirchherr**, Geschäftsführerin Ausschreibungscoach, Möglichkeiten vor, wie Ausschreibungen gestaltet werden können, damit langlebiger Produkte bevorzugt eingekauft werden. Dabei sei zum Beispiel die Berechnung der Kosten auf Grundlage der Lebenszykluskosten beim Zuschlagskriterium ein wichtiger Hebel: „Wirtschaftlichkeit bedeutet nicht das preisgünstigste Angebot, entscheidend ist das Preis-Leistung-Verhältnis über den gesamten Lebenszyklus“, betonte Frau Kirchherr. Bisher ist das in den Köpfen der Auftraggeber noch nicht verankert. Denn kaum ein Auftraggeber würde von solchen Möglichkeiten der nachhaltigen Beschaffung Gebrauch machen, sagte Frau Kirchherr.



Marco Schoneveld, Geschäftsleiter Deutschland der Firma Vepa, zeigte am Beispiel von Möbeln, dass zirkuläre Produkte bereits am Markt sind. Kreislaufwirtschaft müsse bereits beim Design mitgedacht werden. So seien Vepa Möbel reparaturfähig, wiederverwendbar und demontierbar gestaltet. Das Herzstück des Unternehmens sei jedoch das Circular Center. Dort werden Möbel aufbereitet und im Anschluss wiederverwendet. „Das machen wir auch mit Waren von anderen Herstellern und vergeben eine Garantie“ sagte Herr Schoneveld und machte deutlich, dass zirkuläre Dienstleistungen einen viel höheren Stellenwert bekommen müssen.

Daran anschließend betonte **Prof. Matthias Held** von der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd, dass es beim Design von Produkten zunächst wichtig sei, die Anforderungen an die Nutzungszeit von Produkten zu definieren: „Ein Taschentuch soll schnell kompostierbar und nicht langlebig sein“. Bei einem Turnschuh hingegen würden Aspekte wie die modische Veränderbarkeit oder die Austauschbarkeit der Sohle eine wichtige Rolle spielen. „Ein normaler Turnschuh besteht aus 40 Komponenten, möglich sind aber auch nur 7 Teile“, so Herr Professor Held. Mit weiteren Beispielen verdeutlichte er, dass Produkte zirkulär gestaltet werden können.



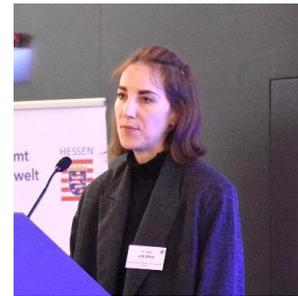
Um die Potenziale solcher reparaturfähigen Produkte zu heben, muss die Reparatur und Wiederverwendung auch im Handeln der Verbrauchenden fest etabliert sein. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig von einer „Circular Society“ anstatt von der Circular Economy zu sprechen, so **Dr. Lukas Sattlegger**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung. Denn Ressourcenschutz sei eng an soziale und kulturelle Veränderungen gekoppelt und kein rein technisches Problem. Am Beispiel der Verpackungen verdeutlichte er, dass es eine starke Diskrepanz zwischen Akzeptanz und Handlungsbereitschaft gibt.

Den meisten Menschen würde das Konzept der Unverpacktläden gefallen, aber die wenigsten hätten dort schon eingekauft. Es brauche bestimmte Fähigkeiten, eine hohe Motivation und Gelegenheiten, dass Verhaltensänderungen sich tatsächlich entwickeln können.

Wie kommunale Akteure Wiederverwendung und Reparatur unterstützen können, wurde bei dem Expertengespräch zwischen **Michael Eickenboom**, Abteilungsleiter Abfallwirtschaft und Straßenreinigung der Stadt Frankfurt und **Christian Zuckermann**, Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen diskutiert. Sowohl die Stadt Frankfurt als auch der Landkreis Gießen beteiligen sich gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt an dem Projekt der GWR gGmbH – dem Aufbau eines Reuse-Netzwerks in Hessen. Herr Eickenboom berichtete darüber hinaus von dem in Frankfurt gegründeten Zero Waste Lab, ein Innovationsboard für Ideen rund um das Thema Abfallvermeidung. Eines der daraus in diesem Jahr entstandenen Projekte sei zum Beispiel die Teilerei. Das ist ein Ort, an dem Gebrauchsgegenstände ohne Gegenleistung abgegeben und mitgenommen werden können. Eine ähnliche Maßnahme wurde auch kürzlich im Landkreis Gießen in abgewandelter Form etabliert – angepasst an die örtlichen Bedingungen. Seit diesem Jahr gibt es auf den fast in jeder Gemeinde im Landkreis Gießen zu findenden Wertstoffhöfen Verschenkgregale. Herr Zuckermann verdeutlichte, dass es im ländlichen Raum andere Stellschrauben brauche, Wiederverwendung sei dort schwieriger. Multiplikatoren würden zum Beispiel eine extrem wichtige Rolle spielen. Auf diese Weise sei in den Schulen im Landkreis Gießen umfassend über Abfallvermeidung informiert worden. Herr Zuckermann und Herr Eickenboom betonten beide die Bedeutung von Netzwerken und einer guten Öffentlichkeitsarbeit, um das Thema Abfallvermeidung ins Bewusstsein der Menschen zu rufen und um ins Handeln zu kommen. „Wir müssen versuchen die Leute mitzunehmen“, so Herr Zuckermann.



Auch **Dr. Nadja von Gries**, wissenschaftliche Mitarbeiterin Ressourcenschutz im Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, machte mit ihrem Vortrag deutlich, wie viele Aktivitäten es im Bereich der Ressourcenschonung sowie Abfallvermeidung in Hessen bereits gibt und stellte das Projekt „Interaktive Karte zur Ressourcenschonung – Hessen will’s messen“ vor. Im Bereich der engen Schließung von Stoffkreisläufen, der Wiederverwendung und Abfallvermeidung fehle uns eine Übersicht über Infrastrukturen, Aktivitäten und Mengen. Das will das Landesamt mit dem Projekt angehen, denn das Wissen sei Grundvoraussetzung, um Dinge zu verbessern. Sie zeigte, dass die bisherige Datenlage zur hessischen Kreislaufwirtschaft vor allem im Bereich der Entsorgungsinfrastruktur gut ist. „Wir wissen genau, welche Mengen an Restmüll anfallen, in welchen Müllverbrennungsanlagen sie verbrannt werden, wo unsere Vergärungs- und Kompostierungsanlagen stehen und wie es um die Kapazitäten unserer Deponien steht“. Unter Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger in Hessen soll die Datenbank zu Abfallvermeidungsaktivitäten wachsen. Die Daten werden auf einer Karte angezeigt und damit auch die Verbrauchenden über Leih-, Tausch-, Reparatur- und Wiederverwendungsmöglichkeiten informiert. Nur wer wisse, wo es Angebote gibt, könne sie auch nutzen. Die Daten sind Grundlage von Monitoringarbeiten, um über Teilbereiche der Abfallvermeidung in Hessen und die damit im Zusammenhang stehenden Ressourcenschutzpotenziale mehr zu erfahren.



Von links: Imke Eichelberg Marco Schoneveld, Andreas Böcher, Prof. Matthias Held, Maria Ertl, Dr. Lukas Sattlegger

Auf dem Podium „Lange Nutzung von Produkten – aber wie?“ wurden Ansätze und Möglichkeiten einer langen Produktnutzung innerhalb der Verwaltung, moderiert durch **Imke Eichelberg**, diskutiert. **Andreas Böcher**, Fachgebietsleiter Asset- und Beschaffungsmanagement HessenPC bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung, verdeutlichte, dass die hohen Sicherheitsanforderungen an die 83.000 Hardwareclients der Hessische Ministerien und nachgeordnete Dienststellen der limitierende Faktor mit Blick auf eine lange Nutzungszeit der PCs seien. Updates seien nur für eine bestimmte Zeit garantiert und mit immer

steigenden Anforderungen an die PCs sei auch unumgänglich, dass die Prozessoren größer würden. Es sei gelungen, die Nutzungszeit des HessenPC von 4 auf 5 Jahre zu verlängern. „Von 5 auf 6 Jahre sehe ich nicht“, so Herr Böcher, aber die Geräte seien geleast und würden nach der Nutzung durch die Landesverwaltung zumindest teilweise weiterverkauft und so im Privatbereich wiederverwendet. **Prof. Matthias Held** betonte, dass wir trotz dieser Limitierungen noch viel zu wenig tun würden: „es gibt noch Luft nach oben. Es gibt Produkte, an die deutlich weniger Anforderung wie an die IT Ausstattung eines Landes bestehen. Zum Beispiel Aktenschränke – die können wir lange nutzen“. Dass es auch anders geht, verdeutlichte **Marco Schoneveld** aus Sicht des niederländischen Möbelstellers. In den Niederlanden müssen bei der öffentlichen Beschaffung mehr als 60 % der einzukaufenden Produkte durch gebrauchte, wiederaufbereitete Produkte gedeckt werden. Damit wird die Marktmacht der öffentlichen Hand genutzt, um Umweltbelastungen zu reduzieren und um das Angebot zirkulärer Produkte und Dienstleistungen zu verbessern. **Dr. Lukas Sattlegger** verdeutlichte, dass die öffentliche Hand auch bei der Bewusstseinsbildung der Mitarbeitenden unterstützen könne. Kommen Mitarbeitenden im Arbeitsalltag mit gebrauchten Gegenständen in Kontakt, gelange das ins Bewusstsein: „Solche Erfahrungen müssen ermöglicht werden“. Auch das Land Hessen müsse eine stärkere Vorbildfunktion einnehmen, betonte **Maria Ertl** und blickt zuversichtlich in die Zukunft: „in 10 Jahren ist Wiederverwendung normal“.